



Große Gemeinsamkeit

Die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein hat sich einstimmig hinter die Streiks und Proteste der Ärztinnen und Ärzte in Klinik und Praxis gestellt.

Die Ärzteschaft befindet sich derzeit regelrecht im Ausnahmezustand. Unsere Kolleginnen und Kollegen an Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern streiken. Schluss mit den unerträglichen und ungesetzlichen Arbeitszeiten, eine angemessene Vergütung, ein eigener Tarifvertrag – diesen Forderungen hat sich die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein im März (*siehe auch „Thema“ Seite 10*) einstimmig angeschlossen.

Das gilt auch für die Protestaktionen unserer niedergelassenen Ärzte gegen Einschränkungen der Patientenversorgung, Honorarverfall, Regressdrohungen und Bürokratielandschaft. Diese finden seit Wochen und Monaten überall in der Republik statt und mündeten Ende März in der zweiten bundesweiten Großdemonstration in Berlin.

Die Ärzteschaft ist dabei, sich aus der Ethikfalle zu befreien. Das Argument, dass wir gesundheitspolitische Auseinandersetzungen auf dem Rücken der Patienten austragen, hat jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Denn unsere Patienten haben verstanden, dass Ärzte zur Rationierung gezwungen werden sollen, weil Politiker meinen, man könne auch mit begrenzten Mitteln unbegrenzte Leistungsversprechen abgeben.

Angesichts der inzwischen zum Alltag gewordenen Rationierungserfahrungen glaubt diese Zusage inzwischen kaum mehr jemand. Das ist für uns eine große Chance, mit den Tatsachen durchzudringen. Wir Ärztinnen und Ärzte werden mit unserer Kritik an Leistungskürzungen zunehmend als die Anwälte der Patienten anerkannt.

Wie es gesundheitspolitisch auf Bundesebene weitergehen wird, lässt sich erst nach den Landtagswahlen am 26. März genauer absehen. Wir werden uns weiter nach Kräften einmischen und darauf drängen, dass endlich Konsequenzen aus der chronischen Unterfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung gezogen werden.

Es wird ja nicht besser dadurch, dass die Große Koalition den zur Fi-

nanzierung von versicherungsfremden Leistungen gedachten Zuschuss aus der Tabaksteuer bereits gestrichen hat.

Wir werden deutlich machen, dass es nicht mehr einfach weiter geht wie bisher mit Kostendämpfung pur, ohne dass die Versorgung unserer Patientinnen und Patienten leiden muss. Wir verlangen Planungssicherheit für Ärztinnen und Ärzte und eine angemessene, der Leistung entsprechende Vergütung der ambulant und stationär tätigen Kolleginnen und Kollegen.

Wir werden auch weiter ringen um eine Neustrukturierung und Modernisierung der privatärztlichen Gebührenordnung und energisch dem Versuch entgegenzutreten, die Honorarsätze für privatärztlich erbrachte Leistungen mittels staatlich verordneter Dumpingsätze nach unten zu nivellieren. Das würde den Trend zu mehr Praxis-Pleiten weiter verstärken und die wohnortnahe Versorgung mit Hausärzten und Fachärzten ausdünnen.

Die Proteste und Demonstrationen der ärztlichen Basis sind eine wichtige Unterstützung unserer gesundheits- und berufspolitischen Arbeit auch in den Ärztekammern. In großer Gemeinsamkeit hat deshalb die Kammerversammlung unserer Ärztekammer Nordrhein mit ihrem Beschluss zur „Essener Resolution“ und zur „Düsseldorfer Entschliebung“ (*siehe auch Seite 11 f.*) klargestellt, dass jedes interne Gerangel um eine möglichst günstige Position bei der Verteilung des Mangels kontraproduktiv ist.

Die richtige Reaktion auf die Gesundheitspolitik der Demotivation, der wir seit Jahren ausgesetzt sind, kann nur heißen: Ehrliche Positionsbestimmung und Gegendruck in ärztlicher Solidarität. Unsere Patientinnen und Patienten, um die es ja vor allem geht, stehen an unserer Seite.

*Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der
Ärztekammer Nordrhein
und der Bundesärztekammer*